
Das Verhältnis von Politik und Religion am Beispiel der Friedlichen Revolution. Biographische Fallrekonstruktionen im Religionsunterricht

David Käbisch

1. Einleitung

Das Verhältnis von Politik und Religion ist so vielfältig wie die Politik- und Religionsbegriffe, die in den Politik- und Religionswissenschaften (und darüber hinaus) diskutiert werden. Umstritten ist u. a. die Frage, inwieweit Religion in diesem Beziehungsverhältnis als eine „abhängige“ oder „unabhängige“ Variable beschrieben werden kann (Pickel 2011: 419).¹ Ungeklärt ist auch die Frage, inwieweit sich ein konfliktreiches Staat-Kirche-Verhältnis, wie es in der DDR bestand, auf die religiöse Vitalität einer Gesellschaft auswirkt. Bezogen auf die Zeit der Friedlichen Revolution fällt der Befund jedenfalls ambivalent aus: Auf der einen Seite hat die durch die Staatsmacht ‚forcierte Säkularisierung‘ (vgl. Wohrab-Sahr 2011: 160) eine Kultur der Konfessionslosigkeit befördert, die sich bis heute u. a. in niedrigen Tauf- und Konfirmationsraten widerspiegelt. Auf der anderen Seite hat die wachsende Unzufriedenheit mit dem Staat aber auch Menschen dazu motiviert, sich in kirchennahen Menschenrechts-, Frauen-, Friedens- und Umweltgruppen zu engagieren. Theologische Leitideen, wie sie die ökumenische Versammlung in der Programmformel „Gerechtigkeit – Frieden – Bewahrung der Schöpfung“ zum Ausdruck brachte, machten die Kirchen bzw. kirchennahe Gruppen zumindest für eine kurze Zeit auch für solche Menschen interessant, die sonst nichts mit theologischen Fragen anzufangen wussten.

1 Als unabhängige Variable wirkt Religion, wenn es andere Lebensbereiche beeinflusst (z. B. das Verhalten in Familien oder die Haltung zur Bioethik). Als abhängige Variable wirkt Religion, wenn sie durch andere Faktoren beeinflusst wird (z. B. durch Säkularisierung und Modernisierung).

Die Spannung zwischen dem langfristigen Bedeutungsverlust religiöser Bindungen und dem kurzfristigen Bedeutungsgewinn kirchlichen Handelns prägt auch die Zeitgeschichtsschreibung. Diese hat die Rolle der evangelischen Kirche im Herbst 1989 gegenüber großpolitischen Entwicklungen und ökonomischen Sachzwängen teils marginalisiert, teils aber auch überbewertet. Das Thema erscheint vor allem als ein „Reservat der Kirchlichen Zeitgeschichtsschreibung“ und nicht als ein Problem der Allgemeingeschichte (Fitschen 2010: 109). Um der doppelten Gefahr einer unsachgemäßen Marginalisierung in der Allgemein- und Überbewertung kirchlichen Handelns in der Kirchengeschichtsschreibung zu entgegen, soll im Folgenden das Verhältnis von Politik und Religion an biographischen Fallbeispielen differenziert beschrieben werden.

2. Fragestellung und Quellengrundlage

Die Frage nach der religiösen Vitalität in der DDR kann unter religionssoziologischen Gesichtspunkten nicht auf die Frage nach expliziter Religion (z. B. in der Form kirchlichen Engagements oder eines theologischen Interesses) begrenzt werden. Implizite Formen von Religion können beispielsweise bei denjenigen identifiziert werden, die entweder an die herrschende Staatsideologie ‚glaubten‘ und dem ‚Prinzip Hoffnung‘ folgten, um das Land zu verändern oder um, demselben Prinzip folgend, diesem den Rücken zuzukehren. So ertragreich diese Forschungsperspektiven auch sein mögen – im Folgenden soll weder nach dem Einfluss der Politik auf die religiöse Vitalität am Ende der DDR noch nach impliziter Religion gefragt werden. Religion kommt vielmehr als unabhängige Variable in den Blick und soll unter dieser Voraussetzung als Erklärungsfaktor für das politische Handeln einzelner untersucht werden. Im Mittelpunkt stehen dabei explizite Formen von Religion, wie sie in theologischen Debatten, im Engagement kirchennaher Basisgruppen und gemeindlichen Veranstaltungen dokumentiert sind.

Auch wenn der Schwerpunkt auf dem Einfluss der Religion auf das (politische) Individuum liegt, kann das komplexe Verhältnis von Religion und Politik mit einer Reihe an Leitfragen erschlossen werden (vgl. dazu Pickel 2011: 420 f.): Inwieweit sind die neuen politischen Organisationen (z. B. das Neue Forum) mit kirchlichen Organisationen in personeller, finanzieller und organisatorischer Hinsicht verflochten oder getrennt? Welche Bedeutung haben theologische Debatten, kirchennahe Basisgruppen und gemeindliche Veranstaltungen für das „politische“ Zusammenleben bzw. für die politischen Konflikte im Herbst 1989? Inwieweit dienen die Kirchen bzw. kirchennahen Basisgruppen (zumindest für eine kurze Zeit) als gesellschaftspolitischer Integrations- bzw. als Identitätsfaktor? Wel-

che religiösen Normen für die Legitimation bzw. Delegitimation des politischen Herrschaftssystems wurden kommuniziert? Und inwieweit hatten „religiöse Werte und kirchliche Bindungen für das Individuum und seine Organisation des politischen Lebens überhaupt noch eine Bedeutung“ (Pickel 2011: 421)?

Biographische Fallrekonstruktionen gewähren nicht nur einen Einblick in das komplexe Verhältnis von Politik und Religion. Am Beispiel der Friedlichen Revolution kann auch gezeigt werden, was Schülerinnen und Schüler an biographischen Fallbeispielen über den Zusammenhang von Politik und Religion lernen können. Unter politikdidaktischen Gesichtspunkten ist dabei u. a. die Frage von Bedeutung, welche politischen Wahrnehmungs-, Handlungs-, Beurteilungs- und Kommunikationskompetenzen Jugendliche bei der Beschäftigung mit diesem Thema erwerben bzw. erweitern können (vgl. Grümme 2009: 159-162); unter religionsdidaktischen Gesichtspunkten kann demgegenüber die Frage in den Mittelpunkt rücken, was Jugendliche über eine Lebensführung im Horizont der christlichen Rechtfertigungs-, Verantwortungs- und Hoffungslehre lernen können (vgl. Schlag 2010: 512-538). Obwohl Politik und Religion in didaktischer Hinsicht zu unterscheiden sind (und diese Unterscheidung in der Eigenlogik beider Teilsysteme begründet ist), stellt sich dabei die weiterführende Frage, warum „die Politik religiöse Bildung braucht und warum religiöse Bildung politische Folgen hat“ (Dressler 2002: 181). Auch wenn diese Frage im Rahmen dieses Artikels nicht ausführlich diskutiert werden kann, sollen dazu in der Zusammenfassung einige Beobachtungen formuliert werden.

Die empirische Grundlage der Untersuchung bilden 18 Interviews, die Schülerinnen und Schüler einer 9. Klasse im Fach Religion an einem Leipziger Gymnasium im Frühjahr 2009 mit ihren Eltern und Großeltern über die Friedliche Revolution geführt haben.² Des Weiteren kommen 37 Personen in den Blick, die in den 1980er Jahren in kirchennahen Menschenrechts-, Frauen-, Friedens- und Umweltgruppen aktiv waren. Ergänzt werden deren Selbstauskünfte durch Akten des Ministeriums für Staatssicherheit, sog. graue Literatur und weitere Dokumente. Die biographischen Fälle, die für den Religionsunterricht als Unterrichtsmaterial zugänglich gemacht wurden,³ beziehen sich auf Daten zur Geburt, zum Familiensystem, zur Kindheit und Erziehung, zur Ausbildung, zum Studium und Beruf, zur Familiengründung, zu Wohnortwechseln und zu weiteren bedeutsamen Lebensereignissen, ferner auf die Mitgliedschaft in politischen Organisationen der DDR (Pioniere, FDJ, SED etc.) und schließlich das Engagement in der

2 Die Unterrichtseinheit zur „Kirche in der DDR“ ist ausführlich dokumentiert unter Käbisch 2010.

3 Alle Fallbeispiele bei Käbisch/Käbisch 2010.

kirchennahen Friedens-, Frauen-, Umwelt- und Menschenrechtsbewegung. In der folgenden Darstellung wird dabei nur auf solche Aspekte Bezug genommen, die für das Verhältnis von Religion und Politik aufschlussreich sind.

3. Staat und Kirche in der Erinnerung von Eltern und Großeltern

Dem Familiengedächtnis kommt bei der Tradierung von religiösen Wissensbeständen und politischen Einstellungen eine hohe Bedeutung zu. So lässt sich am Beispiel des Nationalsozialismus zeigen, dass die Erinnerungen, die Eltern und Großeltern zu dieser Zeit weitererzählen, in der Regel die eigene Verantwortung und Täterschaft durch Verharmlosungen und (vorgebliches) Nichtwissen ausblenden (Welzer/Moller/Tschuggnall 2008: 134-161). Der sozialpsychologisch nachvollziehbare Wunsch, das eigene Verhalten zu rechtfertigen bzw. die eigenen Eltern und Großeltern in einem guten Licht erscheinen zu lassen, führt damit zu typischen Erinnerungsfiguren und Deutungsmustern, zum Beispiel, dass man von den ‚wahren‘ politischen Verhältnissen nichts gewusst habe oder einfach keine Wahlfreiheit hatte.

In ostdeutschen Familienerinnerungen zur DDR dürften vergleichbare und andere Erinnerungsfiguren und Deutungsmuster ebenfalls eine einflussreiche Rolle spielen. Einen weiterführenden Ansatz zur Beantwortung dieser Frage bieten die 24 Familiengespräche und 24 Einzelinterviews, die Monika Wohlrab-Sahr, Uta Karstein und Thomas Schmidt-Lux geführt und ausgewertet haben, um die subjektive Aneignung und Tradierung der (bis 1989 staatlich forcierten) Säkularisierung in Ostdeutschland über eine Zeit von drei Generationen beschreiben zu können (Wohlrab-Sahr/Karstein/Schmidt-Lux 2009). Bezogen auf den Konflikt zwischen Staat und Kirche (und die damit zusammenhängenden Konflikte um die ‚richtige‘ Weltdeutung und Moral) lassen sich die folgenden Ergebnisse zusammenfassen:

1. Der Konflikt zwischen Staat und Kirche spielt in der Erinnerung der Eltern- und Großelterngeneration vor allem in der Gestalt eines Mitgliedschaftskonflikts eine Rolle: „Dabei geht es um Parteimitgliedschaft vs. Kirchenmitgliedschaft, aber auch um die Loyalitätsbekundung gegenüber dem Staat oder gegenüber der Kirche, etwa in Jugendweihe oder Firmung bzw. Konfirmation.“ (Wohlrab-Sahr 2011: 150)
2. Der Konflikt zwischen Staat und Kirche zeigt sich ferner im Konflikt zwischen einer ‚wissenschaftlichen Weltanschauung‘ und einer religiösen Weltdeutung: „Auch wenn diese Konfliktebene große Nähe zu den offiziellen ideologischen Programmen aufweist, erwies sie sich in unserem Material für die Frage nach

der subjektiven Aneignung insofern als relevant, als sie – jenseits der politischen Programmatik – anschließt an die Perspektiven der Aufklärung und des alle Schranken überwindenden ‚Wissens‘, die für die befragten Personen auch subjektiv relevant waren.“ (Wohlrab-Sahr 2011: 151)

3. Der Konflikt zwischen Staat und Kirche wird schließlich als Konflikt um Ethik und Moral ausgetragen: „An verschiedenen Stellen unserer Interviews wird darauf hingewiesen, dass es in Christentum und Sozialismus – richtig verstanden – ja doch um die gleichen moralischen Prinzipien gehe. [...] Dieses Argument ist – obwohl es hier als Toleranz präsentiert wird – im Kern kein universalistisches, sondern eines, das letztlich auf die Überflüssigkeit der christlichen Prinzipien zielt, weil sie im Kommunismus ohnehin aufgehoben seien.“ (Wohlrab-Sahr 2011: 152 f.)

Familiengespräche und Einzelinterviews mit Eltern und Großeltern bieten auch im Rahmen des Religionsunterrichts die Möglichkeit, dass Jugendliche das konflikthafte Verhältnis von Staat und Kirche an konkreten Biographien kennenlernen. Einen hohen didaktischen Wert haben dabei – zumindest in Ostdeutschland – Gespräche mit den eigenen Eltern und Großeltern. Die folgenden Beispiele stammen aus den eingangs bereits erwähnten Interviews, die Schüler im Jahr 2009 mit ihren Eltern und Großeltern zu diesem Thema geführt und dokumentiert haben. Auch wenn die Interviews, denen ein gemeinsam erarbeiteter Interviewleitfaden zu Grunde lag,⁴ nur in Ansätzen den Standards empirischer Sozialforschung entsprechen, dokumentieren sie anschaulich, was Leipziger Schüler von ihren Eltern und Großeltern über ihr Leben in der DDR hören können.

Als eine *Verharmlosung des DDR-Systems* erscheinen dabei zunächst die Aussagen, die die DDR und den Sozialismus als eine gute Idee bezeichnen, die nur schlecht verwirklicht wurde. Die Einschränkung der Meinungs-, Religions- und Pressefreiheit und alle weiteren „Demokratiedefizite“ werden damit nicht als systemimmanent benannt, sondern „nur“ auf das schlechte Funktionieren einer an sich guten Idee zurückgeführt. Dazu drei Beispiele aus den Schülerinterviews:

- „Den Sozialismus fand meine Familie gut, aber leider wurde er, nach Meinung meiner Familie, nicht hundertprozentig verwirklicht“;
- „Die Idee war im Prinzip gut, doch die Umsetzung war nicht möglich. Da Menschen eigentlich gleich sind, doch es gibt immer wieder welche, die besser sein wollen“;
- „Die Idee an sich war sicher nicht die Schlechteste, ich glaube, wenn man sie wirklich so, wie man sie geplant hatte, umgesetzt hätte, hätte sie durchaus etwas gebracht“.

4 Zur unterrichtsmethodischen Vorbereitung und Auswertung der Zeitzeugengespräche vgl. Schreiber 2009.

Eine Strategie der Eltern und Großeltern, den Eintritt in die FDJ, die Jugendweihe, die Ableistung des Wehrdienstes und die Mitgliedschaft in der SED gegenüber ihren Kindern und Enkeln zu rechtfertigen, besteht in der wiederkehrenden Aussage, dass aufgrund der politischen Verhältnisse überhaupt *keine Wahlfreiheit* bestand. In diesem Zusammenhang benutzen die Eltern und Großeltern häufig die Wörter „jeder“, „alle“ und „müssen“.

- „Jeder war bei den Pionieren, alle haben mitgemacht [...]“;
- „In meiner Schule waren alle in diesen Organisationen [Pioniere und FDJ]“;
- „Ich war in beiden Organisationen, weil wir mussten oder es nicht anders ging [...]“;
- „Ja, ich war bei den Pionieren und in der FDJ, weil es uns so vorgeschrieben war.“

Die genannten Aussagen, die sich auf die fehlende Wahlfreiheit beziehen, bringen bereits eine *innere Distanz* zum Ausdruck, die sich in anderen Zusammenhängen auch als Desinteresse oder versteckter Widerstand artikulieren kann:

- „Mein Vater hatte von Anfang an ein Problem mit dem System.“
- „Ich konnte mich dafür [für die DDR] nicht begeistern.“
- „Wenn ich damals zu politischen Veranstaltungen wie der Maidemonstration gezwungen wurde, nahm ich daran teil, aber sobald ich eine Ausrede oder eine andere Möglichkeit fand, mich davor zu drücken, dann nutzte ich sie.“

In den von den Schülern geführten Interviews spielt der *Konflikt zwischen Staat und Kirche*, wie er sich in den Auseinandersetzungen um die Jugendweihe oder um die Träger des Symbols „Schwerter zu Pflugscharen“ ausgetragen wurde, keine Rolle, obwohl die Schüler mit Hilfe des gemeinsam erarbeiteten Interviewleitfadens gezielt danach gefragt haben. Als charakteristisch kann dafür die folgende, etwas einsilbige Interviewsequenz gelten:

- Interviewer: „Hatten Sie Bekannte oder Freunde, die wegen des Aufnehmers ‚Schwerter zu Pflugscharen‘ Probleme mit dem Staat bekamen?“
- Fr.: „Nein.“
- Interviewer: „Hat der Konflikt zwischen der staatlichen Jugendweihe und der kirchlichen Konfirmation in Ihrer Schulzeit eine Rolle gespielt?“
- Fr. „Nein, da ich in dieser Zeit noch nicht zur kirchlichen Gemeinde gehörte. Ich habe Jugendweihe gemacht.“

Genannt seien schließlich drei Antworten zu der Frage, welche Rolle die Eltern bzw. Großeltern der Kirche in der DDR zuschreiben. Dabei fällt auf, dass sich die

Antworten in der Regel auf die Rolle der Kirche im Jahr der Friedlichen Revolution beschränken:

- Die Kirche hatte eine „sehr wichtige Rolle, da in Leipzig der Pfarrer Führer mit seinen montäglichen Friedensgebeten die friedliche Revolution einleitete“;
- „Die Kirche war eine Anlaufstelle, die Türen waren immer offen. In der Schule wurde unseren Kindern gesagt, sie sollen nicht auf die Demo gehen. Deshalb waren im Wesentlichen nur Leute im mittleren Alter beteiligt“;
- „Die Kirche hat [1989] eine sehr große Rolle gespielt.“

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Staat-Kirche-Konflikte, die um die Jugendweihe, den Wehrdienst oder das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ ausgetragen wurden, in der Erinnerung der Eltern und Großeltern eine untergeordnete Rolle spielen. Auch die von Wohrab-Sahr, Karstein und Schmidt-Lux beschriebenen Konflikte um die ‚richtige‘ Mitgliedschaft, Weltanschauung und Ethik sind von nachgeordneter Bedeutung. Folgt man bei der Erklärung dieser Beobachtung der sozialpsychologischen These von Welzer, dann könnte es sich dabei um eine bewusste oder unbewusste Strategie handeln, um den Kindern und Enkeln gegenüber der Frage auszuweichen, warum man sich nicht an Formen von Opposition und Widerstand beteiligt hat. Eine zweite, mögliche Erklärung könnte auch einfach darin bestehen, dass Friedens-, Menschenrechts- und Umweltaktivisten in der Tat eine verschwindende Minderheit waren, die nicht zuletzt wegen der fehlenden Kommunikationsmöglichkeiten keine Bedeutung im Leben der meisten Menschen hatten.

4. Akteure der Friedlichen Revolution im Spannungsfeld von Politik und Religion

In Abgrenzung zu einer an ‚großen‘ Vorbildern orientierten Didaktik, in deren Zentrum oft ‚herausragende‘ Männer und Frauen wie Dietrich Bonhoeffer, Mutter Theresa oder Albert Schweitzer standen, können Schüler an den Akteuren der Friedlichen Revolution die *politische Bedeutung von Religion* in unscheinbaren oder heute vielfach vergessenen Konfliktsituationen kennenlernen (vgl. Mendl 2008: 89-99). Für das Verhältnis von Politik und Religion sind dazu die beiden Typen aufschlussreich, die Alexander Leistner in seiner Untersuchung zu den Biographien von Friedensaktivisten in der DDR unterschieden hat:

- „Der Typ der funktionalen Verflechtung von Politik und Religion betont die mit dem politischen Engagement unter kirchlichem Dache verbundenen Konflikte und Unvereinbarkeiten. In diesem Sinn verliert die enge, aber von außen erzwungene Bindung nach 1989 an subjektiver Plausibilität“ (Leistner 2011: 338 f.).
- „Der Typ der identitären Verflechtung von Politik und Religion hält dagegen einerseits an generalisierten Gesellschaftsveränderungsansprüchen fest. In diesen Ansprüchen verwirklicht sich aber andererseits zugleich exemplarisch-vorwegnehmend ein Ideal vom Auftrag und der Gestalt christlicher Religion“ (Leistner 2011: 339).

Als ein Beispiel funktionaler Verflechtung sei der Friedenskreis um den Zwickauer Domkürster Jörg Banitz erwähnt, der am 21. Dezember 1983 gemeinsam mit Lutz Schreckenbach, Monika Trommer und IM „Horst Kolbe“ Kerzen mit den Worten „Friede sei mit euch“ auf dem Weihnachtsmarkt verteilte. Ein Polizist löste die „pazifistische Aktion“ auf, Schreckenbach wurde auf dem Polizeirevier verhört, und der IM erhielt für die Aufklärung der „pazifistischen Demonstrationshandlung“ 500 Mark vom Ministerium für Staatssicherheit. Der Staatssicherheit gelang es zudem, den IM „Horst Kolbe“ als Leiter des Friedenskreises zu etablieren, was langfristig zu dem Ergebnis führte, dass dieser sich auflöste. In einer späteren Parteiinformation ist schließlich von einer „vertieften antisozialistischen und oppositionellen Grundposition“ des Domkürsters die Rede, die der Staat mit allen Mitteln bekämpfen müsse.⁵ Hatte Banitz bis 1989 für sein politisches und soziales Engagement ein schützendes Dach in der Kirche gefunden, so verlor seine Bindung an die Kirche nach 1989 an subjektiver Plausibilität: Er saß ab 1990 als Mitglied der Grünen im Zwickauer Stadtrat und begann 1991 eine Ausbildung zum Spiel- und später Sozialpädagogen (vgl. Käbisch/Käbisch 2010: 33).

Neben dem Typus einer funktionalen und identitären Verflechtung von Politik und Religion (wofür die eben genannte Person ein Beispiel ist) können Jugendliche an den Akteuren der Friedlichen Revolution ferner die Diskrepanz zwischen dem idealen und dem real existierenden Sozialismus, d. h. den *Unterschied zwischen der politischen Struktur und der tatsächlichen politischen Kultur* erkennen. Als Beispiel dazu sei die von dem Zwickauer Kirchenamtsrat Andreas Richter verfasste Erklärung zur Kommunalwahl im Mai 1989 genannt, die auf die Diskrepanz zwischen Wahlrecht und Wahlrealität aufmerksam machte. In einem Zwischenstandsbericht zum Operativen Vorgang „Berater“, der auf den Kirchen-

5 Parteiinformation des Ministeriums für Staatssicherheit vom 2. Mai 1989, BStU, ASt Chemnitz, Reg. Nr. XX-221. Diese und alle weiteren Quellen unter Käbisch/Käbisch 2010: 35 ff.

amtsrat angelegt worden war, kommt zudem die identitäre Verflechtung von Politik und Religion in einer Außenperspektive zur Sprache:

In der bisherigen operativen Bearbeitung konnte inoffiziell umfangreich dokumentiert werden, daß Kirchenrat *Richter* seine juristischen Kenntnisse und sein Amt als Kirchenrat mißbraucht, um die oppositionellen und feindlich-negativen Aktivitäten, die unter dem Deckmantel des sogenannten ‚konziliaren Prozesses‘ im Kirchenbezirk Zwickau forciert werden, gesetzlich abzusichern und dadurch einen höchstmöglichen Spielraum für diese Kräfte zu schaffen.⁶

In der Auseinandersetzung mit Akteuren der Friedlichen Revolution können Schüler ferner die *ethische Unterscheidung von Handeln und Verhalten* verstehen. Eine ethische Handlungssituation zeichnet sich u. a. dadurch aus, dass zwischen mindestens zwei Handlungsoptionen frei gewählt werden kann (z. B. zwischen Jugendweihe und Konfirmation). Demgegenüber entziehen sich Situationen der ethischen Bewertbarkeit, die keine Handlungsalternative boten bzw. eine Handlungsoption sanktionierten (z. B. den Nichteintritt in die FDJ mit der Verhinderung von Studienwünschen). Während in einigen der genannten Eltern- und Großelterninterviews die Meinung vorherrscht, dass man sich in der DDR nur der politischen Erwartung gemäß verhalten konnte, sei als ein Beispiel für eine freie und subjektiv zurechenbare Entscheidung die Rumänienhilfe von Susanne Trauer erwähnt, nachdem sie auf einer Urlaubsreise 1988 die katastrophalen Zustände auf einer Säuglingsstation kennengelernt hatte. Im Zwischenstandsbericht zum Operativen Vorgang „Konzept“, der auf sie angelegt wurde und der nicht zwischen dem privaten Engagement und einem kirchlichen Auftrag unterscheidet, heißt es dazu am 19. April 1989:

Im Auftrage des ‚konziliaren Prozesses‘ Zwickau reiste die *Trauer* gemeinsam mit anderen Mitgliedern der sogenannten ‚Rumäniengruppe‘ in die VR Rumänien und in die VR Ungarn. Sie verbrachte dorthin im Auftrage der Kirche Medikamente und knüpfte Verbindungen und Kontakte zu feindlich-negativen Personen in diesen Staaten. Nach Rückkehr von ihren Rumänienreisen hielt die *Trauer* im Rahmen einer Veranstaltung innerhalb der Räumlichkeiten der ‚Friedensbibliothek‘ Zwickau einen Vortrag über die Lebensbedingungen in der VR Rumänien. Hierbei machte

6 Zwischenstandsbericht vom 19. April 1989 zum Operativen Vorgang (OV) „Berater“, BStU, ASt Chemnitz, Reg. Nr. XIX 926/88, vollständig abgedruckt in Kabisch/Kabisch 2010: 55.

sie entstellende und diskriminierende Ausführungen, wobei sie die politischen Verhältnisse in der VR Rumänien diskreditierte und verfälschte.“⁶⁷

Bei der biographischen Beschäftigung mit Akteuren der Friedlichen Revolution können Schüler darüber hinaus die Konfliktebenen zwischen Staat und Kirche bzw. Politik und Religion nachvollziehen. Die *intrapersonale Konfliktebene* beschreibt u. a. Spannungen zwischen dem Denken, Fühlen und Handeln einer Person in psychologischer Perspektive (dazu im Folgenden Bonacker/Imbusch 2010: 69). In Dilemmasituationen, in denen jede Handlungsmöglichkeit die Verletzung einer politischen oder religiösen Norm bedeutete, tritt dies, wie im vorliegenden Fall, besonders anschaulich zu Tage: Verletzt wird entweder die politische Norm, sozialistische Bruderstaaten nicht zu kritisieren, oder die religiös begründbare Norm, anderen Menschen in Notsituationen beizustehen.

Die *interpersonale Ebene* nimmt die Kommunikation zwischen zwei oder mehreren Personen in den Blick, z. B. zwischen Eltern, die sich über die Teilnahme ihres Kindes an der staatlich organisierten Jugendweihe uneinig waren. Während Konflikte in vielen Familien einigermaßen offen angesprochen wurden, gab es im öffentlichen Leben der DDR keine Konfliktkultur, in der Meinungsverschiedenheiten zwischen Staat und Kirche bzw. Politik und Religion offen thematisiert und ausgetragen werden konnten. Stattdessen verlagerte sich der Staat stets auf konspirative Maßnahmen, um – wie das folgende Beispiel zu dem Friedensaktivisten Martin Böttger zeigt – Meinungsverschiedenheiten in ihrem Sinn zu entscheiden. Auch in seinem Fall ist bemerkenswert, dass die Staatssicherheit in ihren OV-Berichten nicht zwischen dem individuellen Handeln und der offiziellen Kirchenpolitik unterschied:

„B. ist fanatischer Anhänger des ev.-luth. Glaubens und vertritt voll und ganz die reaktionäre Kirchenpolitik. [...] Ziel der politisch-operativen Bearbeitung des OV ‚Spaten‘ ist, über alle Pläne und Absichten des B. informiert zu sein und geeignete IM in Vertrauenspositionen zu bringen. Dabei geht es in erster Linie um Aufgaben zur Zurückdrängung dieser feindlichen Tätigkeit und die operative Kontrolle der bekannten Personen, sowie die Feststellung weiterer Hintermänner und Initiatoren.“⁶⁸

7 Zwischenstandsbericht vom 19. April 1989 zum OV „Konzept“, BStU, ASt Chemnitz, Reg. Nr. XIV 1490/86, abgedruckt in Käbisch/Käbisch 2010: 44.

8 Eröffnungsbericht zum OV „Spaten“ vom 29. Juli 1976, Quelle: OV „Spaten“, BStU, ASt Chemnitz, Reg.-Nr. XIV 2183/77, Käbisch/Käbisch 2010: 66.

Die *innergesellschaftliche Ebene* untersucht Konflikte zwischen Personengruppen in einer Gesellschaft, z. B. zwischen den unabhängigen Friedens-, Frauen-, Menschenrechts- und Umweltgruppen und den Kirchenleitungen. An dieser Stelle sei auch darauf hingewiesen, dass die Konfliktlinien keineswegs nur zwischen Vertretern von Staat und Kirche, sondern auch zwischen Mitgliedern einer Gemeinde bzw. Kirche verlaufen konnten, was vielfach zu innergemeindlichen bzw. innerkirchlichen Spannungen führte. Als ein Beispiel für diese Konfliktebene sei die Einladung von Stephan Krawczyk und seiner Frau Freya Klier in einen Jugendtreff der Zwickauer Luthergemeinde am 7. November 1987 erwähnt. Die Einladung, die der Sozialdiakon Frank Kirschneck gegenüber dem mit einem Berufsverbot belegten Liedermacher ausgesprochen hatte, wurde vom dienstvorgesetzten Pfarrer und Superintendenten kurzfristig abgesagt. Freya Klier erinnert sich dazu in ihrem 1988 veröffentlichten Tagebuch folgendermaßen:

Im Nachmittag mit Stephan nach Zwickau; er hat dort einen Brecht-Abend. Als wir ankommen, nach einer langen, nervenaufreibenden Fahrt mit reichlich Stasi im Genick, ist der Auftritt abgesagt. Geschlossenes Umkippen von vorgesetztem Pfarrer und Superintendent. Uns bleibt die Spucke weg. Niemand hat es für nötig gehalten, uns zu benachrichtigen. Diese feigen Pfaffen, die nichts riskieren müssen, die nur vom Hörensagen wissen, was Berufsverbot bedeutet oder Reiseverbot. Sie hätten doch wenigstens so viel Anstand besitzen können, uns per Telefon von ihrem Kniefall zu berichten... Brecht also nun auch in der Kirche abgesagt. Der Organisator des Abends [der Sozialdiakon Frank Kirschneck, D. K.] blickt ratlos: er hat uns doch gestern ein Telegramm geschickt. Wir glauben ihm sogar. Aber wir haben keines erhalten. (Klier 1988: 231 f.)

Die *internationale Ebene* beschreibt u. a. die Aktivitäten der kirchennahen Gruppen im Kontext der Ost-West-Konfrontation, der als Machtkonflikt zwischen zwei weltanschaulichen Systemen interpretiert werden kann – eine Interpretation, die vom DDR-Staat durchaus forciert wurde. Das bereits erwähnte Beispiel der privaten Rumänienhilfe verweist auf der internationalen Konfliktebene auf einen anderen Aspekt: Das Verhältnis zu den sozialistischen Bruderstaaten. Als ein Beispiel sei der Brief von Denis Dressel und Ulrike Dressel-Backofen an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker angeführt, der im Kontext der bereits beschriebenen Rumänienhilfe von Susanne Trauer stand und unmittelbar an das Ministerium für Staatssicherheit weitergeleitet wurde:

„Werter Herr Honecker! Im ‚Neuen Deutschland‘ vom 12./13.11.88 wurde gemeldet, daß der Präsident Rumäniens, Nicolae Ceausescu, von Ihnen für den 17. und 18.11.88 zu einem Arbeitstreffen eingeladen wurde. [...] Es ist uns bekannt, daß offizielle Hilfsaktionen, sei es durch Regierungen, kirchliche Institutionen o. ä. derzeit

nicht möglich sind, da Rumänien jede Hilfe von Außen ablehnt. Deshalb bitten wir Sie, private, persönliche Hilfsaktionen von DDR-Bürgern durch unkomplizierte Ausnahmeregelungen bei den Ausfuhrbestimmungen der DDR zu legalisieren.“⁹

Bei der Beschäftigung mit den genannten Personen und Quellen können Schüler zudem erkennen, dass Symbolhandlungen (wie das öffentliche Verteilen einer Kerze) und andere Symbole als *Medien politischer und religiöser Kommunikation* verstanden werden können. Die Friedens-, Frauen-, Menschenrechts- und Umweltbewegung in der DDR zeichnet sich gerade dadurch aus, dass sie Symbole fand, die politisch *und* religiös gedeutet werden konnten. Das wohl bekannteste Beispiel dazu ist das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“, ferner das Symbol des Königswalder Friedensseminars, das einen „Stahlhelm als Blumentopf“ zeigt, und das Symbol des Konziliaren Prozesses, auf dem eine Taube, eine Kette und stilisierte Arche Noah für Fragen des Friedens, der Freiheit und des Umweltschutzes stehen. Für das Verhältnis von Politik und Religion haben Symbole damit eine besondere Erschließungsfunktion (vgl. Käbisch/Träger 2011: 23-25). Heutige Jugendliche können, um die genannten Beispiele zusammenzufassen, bei der Beschäftigung mit diesen und anderen Akteuren der Friedlichen Revolution

- die Bedeutung von Religion in politischen Konflikten erkennen,
- funktionale und identitäre Verflechtungen von Politik und Religion nachvollziehen,
- den Unterschied zwischen politischer Struktur und politischer Kultur beschreiben,
- die ethische Unterscheidung von Handeln und Verhalten verstehen,
- Konfliktebenen zwischen Politik und Religion unterscheiden und
- Symbole als Medien politischer und religiöser Kommunikation begreifen.

An den Fallbeispielen wird zudem deutlich, dass die Friedliche Revolution im Herbst 1989 nicht ‚vom Himmel‘ fiel, sondern viele Vordenker hatte. So lassen sich nicht weniger als 50 Personen in der Zwickauer Region identifizieren, die in den 1980er Jahren in kirchennahen Friedens-, Frauen-, Menschenrechts- und Umweltbewegung aktiv waren und in nicht weniger als 29 Operativen Vorgängen (OV) und Operativen Personenkontrollen (OPK) erfasst wurden. Oft wurden mehrere Personen in einem OV zusammengefasst, so etwa 20 Personen im OV „Kreis“, der sich auf den eingangs genannten Friedens- und Umweltkreis um Jörg Banitz bezog. Für biographische Fallrekonstruktionen und Lokalstudien zum Verhältnis von Politik und Religion sind die Akteure in einer bestimmten Region damit nicht nur für eine regional differenzierte Religionspädagogik ein aufschlussreiches Forschungsfeld.

9 Eingabe an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker vom 15. November 1988, Quelle: OV „Konfrontation“, BStU, ASt Chemnitz, Reg. Nr. XIV 1615/88, Käbisch/Käbisch 2010: 63.

5. Zusammenfassung

Die beschriebenen Menschenrechts-, Friedens- und Umweltschutzgruppen sind in personeller, finanzieller und organisatorischer Hinsicht eng mit kirchlichen Organisationen verflochten, ohne mit diesen identisch zu sein. Es sollte daher im Religionsunterricht (und nicht nur dort) weder von unabhängigen noch kirchlichen, sondern von kirchennahen Gruppen gesprochen werden. Die Gruppen, die vielfach ohne offiziellen Dienstauftrag und ohne Unterstützung der Kirchenleitung in einer Grauzone agierten, hatten gleichwohl eine hohe Bedeutung für die politischen Konflikte in den 1980er Jahren. Die Kirchen bzw. die kirchennahen Basisgruppen wurden so im Herbst 1989 (zumindest für eine kurze Zeit) zu einem wichtigen gesellschaftspolitischen Integrations- bzw. Identitätsfaktor. Dabei lassen sich eine Reihe an religiösen Normen aufzählen, die zur Legitimation bzw. Delegitimation des politischen Herrschaftssystems führten, darunter die theologische Programmformel „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“, die von zahlreichen Gruppen seit der Ökumenischen Versammlung in Vancouver 1983 aufgegriffen worden war. Für die beschriebenen Akteure der Friedlichen Revolution lässt sich damit sagen, dass religiöse Werte und kirchliche Bindungen eine durchaus hohe Bedeutung für das Individuum und das politische Leben hatten.

Auch wenn in dem Beitrag nicht allgemein nach dem Einfluss der ‚großen‘ Politik auf die religiöse Vitalität in der DDR gefragt wurde, kann das Verhältnis von Politik und Religion am Beispiel der Friedlichen Revolution differenziert beschrieben werden. Zunächst stellt sich das Verhältnis als ein Konfliktverhältnis dar, bei dem institutionelle, weltanschauliche und ethische Aspekte sowie intrapersonale, interpersonale, innergesellschaftliche und internationale Konfliktebenen unterschieden werden konnten. Als Analyseraster zum Verhältnis von Politik und Religion bieten sich diese Differenzierungen, die durch weitere Aspekte ergänzt werden können, auch im Religionsunterricht an:

	intrapersonal	interpersonal	innergesellschaftlich	international
institutionell				
weltanschaulich				
ethisch				
...				

Religion kam vor allem als unabhängige Variable und damit als Erklärungsfaktor für das politische Handeln einzelner in den Blick. Dabei wurde aber auch deutlich, dass aus religiösen Werten und kirchlichen Bindungen ein politisches Engagement erwachsen kann, das – wie das Beispiel des Kirchenamtsrats Richter zeigte – unter weltanschaulichen und ethischen Gesichtspunkten von einer Identität von politischem und religiösem Handeln ausgeht. Das Konfliktmodell von Politik und Religion trifft damit für das institutionelle Staat-Kirche-Verhältnis in der DDR zu, kann aber nicht ohne weiteres auf andere Aspekte übertragen werden.

Unter didaktischen Gesichtspunkten stand die Frage im Mittelpunkt, was Jugendliche im Religionsunterricht über das Verhältnis von Politik und Religion am Beispiel der Friedlichen Revolution lernen können. Besondere Aufmerksamkeit erhielten dabei die Erinnerungen der eigenen Eltern und Großeltern sowie die Beschäftigung mit Personen, die in kirchennahen Menschenrechts-, Frauen-, Friedens- und Umweltschutzgruppen aktiv waren. Dabei zeigte sich die Tendenz, dass der Staat-Kirche-Konflikt in der Erinnerung der Eltern und Großeltern kaum eine Rolle spielt, während er bei Akteuren der Friedlichen Revolution ein zentrales Motiv der eigenen Identitätskonstruktion darstellt. Inwieweit auf der einen Seite Verharmlosungen und (vorgebliches) Nichtwissen, auf der anderen Seite hingegen Übertreibungen und (rückblickendes) Siegerwissen eine Rolle spielen, lässt sich aufgrund des ausgewerteten Materials nicht entscheiden. Deutlich ist jedoch geworden, dass Jugendliche bei der Beschäftigung mit diesem Thema ihre politische *und* religiöse Wahrnehmungs-, Handlungs-, Beurteilungs- und Kommunikationskompetenz erweitern können. Die Frage, warum „die Politik religiöse Bildung braucht und warum religiöse Bildung politische Folgen hat“ (Dressler 2002: 181), ist damit zwar noch nicht hinreichend beantwortet, doch lässt sich unter Vorbehalt sagen, dass politisches Handeln ohne die dahinterliegenden ethischen, weltanschaulichen und religiösen Motive kaum nachvollziehbar ist, wie umgekehrt religiöses Handeln zu einem Politikum werden kann, wenn die bestehenden (politischen) Verhältnisse im Horizont der christlichen Rechtfertigungs-, Verantwortungs- und Hoffnungslehre gedeutet werden. Die Beschäftigung mit der Friedlichen Revolution bestätigt damit den „auf den ersten Blick paradoxen Befund, dass die *Unterscheidung* zwischen Politik und Religion und zwischen politischer und religiöser Bildung die politische Bedeutung religiöser Bildung sichtbar macht“ (Dressler 2002: 182). Das Thema sollte daher stärker, als es bislang (zum Beispiel im Vergleich zur ‚Kirche im Nationalsozialismus‘) der Fall ist, in den Rahmenplänen für den Religionsunterricht verankert werden.

6. Literatur

- Bizer, Christoph u. a. (Hrsg.) (2008): Sehnsucht nach Orientierung. Vorbilder im Religionsunterricht (JRP 24), Neukirchen-Vluyn 2008, 89-99.
- Bonacker, Thorsten/Imbusch, Peter (2010): Zentrale Begriffe der Friedens- und Konfliktforschung: Konflikt, Gewalt, Krieg, Frieden, in: Imbusch/Zoll (Hrsg.): 67-142.
- Dressler, Bernhard (2002): Kann religiöse Bildung einen Beitrag zur Demokratie leisten?, in: Rupp/Scheilke/Schmidt (Hrsg.), 166-179.
- Fitschen, Klaus (2010): Kerzen – Kirche – Kontroversen. Die Rolle der evangelischen Kirche 1989/90 in der Zeitgeschichtsschreibung, in: Mitteilungen zur Kirchlichen Zeitgeschichte 4 (2010), 97-110.
- Grümme, Bernhard (2009): Religionsunterricht und Politik. Bestandsaufnahme – Grundsatzüberlegungen – Perspektiven für eine politische Dimension des Religionsunterrichts, Stuttgart: Kohlhammer.
- Imbusch, Peter/Zoll, Ralf (Hrsg.) (2010): Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung, Wiesbaden: VS-Verlag.
- Käbisch, David (2010): Schulische und außerschulische Lernorte zum Thema „Kirche in der DDR“. Ein Unterrichtsversuch in systemischer Perspektive, in: Theo-Web. Zeitschrift für Religionspädagogik 9/2: 109-139.
- Käbisch, David/Käbisch, Edmund (2010): Akteure der Friedlichen Revolution. Didaktische Impulse und Materialien für den Geschichts-, Ethik- und Religionsunterricht aus der Region Zwickau. Mit einem Geleitwort von Joachim Gauck, Moers: Editions La Colombe.
- Käbisch, David/Träger, Johannes (2011): Schwerter zu Pflugscharen. Impulse für friedensethisches Lernen im Religionsunterricht, Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt.
- Klier, Freya (1988): Abreiss-Kalender: Versuch eines Tagebuchs, München: Kindler.
- Leistner, Alexander (2011): „Kirche muss Probiergemeinschaft sein“. Typen des Verhältnisses von Religion und Politik in den Biographien von Friedensaktivisten, in: Pickel/Sammet (Hrsg.): 325-341.
- Mendl, Hans (2008): Das religionspädagogische Potential der Begegnung mit Vorbildern des Alltags, in: Bizer u. a. (Hrsg.): 89-99.
- Pickel, Gert (2011): Religionssoziologie. Eine Einführung in zentrale Themenbereiche. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Pickel, Gert/Sammet, Kornelia (Hrsg.) (2011): Religion und Religiosität im vereinigten Deutschland. Zwanzig Jahre nach dem Umbruch, Wiesbaden: VS-Verlag.
- Rupp, Hartmut/ Scheilke, Christoph Th./Schmidt, Heinz (Hrsg.) (2002): Zukunftsfähige Bildung und Protestantismus, Stuttgart: Calwer Verlag.
- Schlag, Thomas (2010): Horizonte demokratischer Bildung. Evangelische Religionspädagogik in politischer Perspektive, Freiburg, Br./Basel/Wien: Herder.
- Schreiber, Waltraud (2009): Grundlegung: Mit Geschichte umgehen lernen – Historische Kompetenz aufbauen, in: Schreiber (Hrsg.): 7-20.
- Schreiber, Waltraud (Hrsg.) (2009): Zeitzeugengespräche führen und auswerten. Historische Kompetenzen schulen, Neuried: Ars Una.
- Welzer, Harald/Moller, Sabine/Tschuggnall, Karoline (2008), „Opa war kein Nazi“. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch.

Wohlrab-Sahr, Monika/Karstein, Uta/Schmidt-Lux, Thomas (2009): Forcierte Säkularität. Religiöser Wandel und Generationendynamik im Osten Deutschlands. Unter Mitarbeit von Anja Frank und Christine Schaumburg, Frankfurt am Main/New York: Campus-Verlag.

Wohlrab-Sahr, Monika: Forcierte Säkularität oder Logiken der Aneignung repressiver Säkularisierung, in: Pickel/Sammet (Hrsg.): 145-163.